

Änderungsantrag - Nr. StVV - Ä-AT 3/2024 (§ 36 GOSTVV) zu StVV – AT 19/2023		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zu Antrag StVV AT 19/2023 – Pilotprojekt Naturkindergarten Jahnstraße - Tischvorlage

Die frühe Kindheit ist eine entscheidende Phase für die Bildung von Werten und Einstellungen und somit von großer Bedeutung für die Entwicklung von Kindern. Durch die Einrichtung von Naturkindergärten lernen Kinder, der Natur spielerisch zu begegnen, und können sich durch praktische Erfahrungen und Entdeckungen ein Wissen über ökologische Zusammenhänge aneignen.

Ziel der Naturpädagogik ist es, Umweltschutz und kindliche Naturbegegnung miteinander zu verknüpfen. Dadurch wird im Rahmen der frühkindlichen Bildung Verständnis und Akzeptanz für die Notwendigkeit von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen bei den Kindern entwickelt. Für die Klimastadt Bremerhaven muss der Aufbau von Naturkindergärten als wichtiger Baustein frühkindlicher Bildung hohe Priorität erhalten.

Zur Einrichtung von Naturkindergärten sind sowohl pädagogische Konzepte als auch geeignete Standorte notwendig. Der im Antrag „Pilotprojekt Naturkindergarten Jahnstraße (SPD, CDU, FDP) (AT 19/2023)“ genannte Standort ist allerdings für solch ein Projekt nicht geeignet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag des Antrages „Pilotprojekt Naturkindergarten Jahnstraße“ (AT – 19/2023)“ wird wie folgt geändert:

1. Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Fassung: „Der Magistrat wird beauftragt, ein entsprechendes pädagogisches Konzept mit Finanzierungsplan für den Betrieb des Naturkindergartens dem Ausschuss Jugend, Familie und Frauen bis Ende des Jahres 2024 vorzulegen.“
2. Beschlusspunkt 3 erhält folgende Fassung: „Der Magistrat wird beauftragt, einen geeigneten Standort für ein Pilotprojekt Naturkindergarten zu suchen und diesen sowohl dem Bau- und Umweltausschuss als auch dem Ausschuss Jugend, Familie und Frauen bis Ende des Jahres 2024 vorzuschlagen.“

Petra Coordes und
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN